

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1918)
Heft: 6

Artikel: Jahresbericht der Union für Frauenbestrebungen Zürich : 1917-1918
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-327289>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauenbestrebungen

Organ der deutsch-schweizerischen Frauenbewegung

Herausgegeben von der
„Union für Frauenbestrebungen“
(„Zürch. Stimmrechtsverein“).

Druck und Expedition: Zürcher & Furrer, Zürich 1.

Redaktion: Frä. K. Honegger, Tödistrasse 45, Zürich 2.

Die „Frauenbestrebungen“ erscheinen je am 1. des Monats und kosten jährlich Fr. 3.— franko ins Haus. Bestellungen nimmt die Expedition ZÜRCHER & FURRER, Brunnengasse 2, ZÜRICH 1, entgegen, sowie jedes Postamt zum Preise von Fr. 3.20.

Inserate: die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Cts., Insertions-Annahme durch die Annoncen-Expedition Keller & Co. in Luzern.

Inhaltsverzeichnis: Jahresbericht der Union für Frauenbestrebungen Zürich 1917-1918. — Von der internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung. — Pfarrer und Politik. — Achter Sozialer Fürsorgekurs Zürich. — Aus den Vereinen.

Jahresbericht der Union für Frauenbestrebungen Zürich 1917—1918.

Im Mittelpunkt unseres diesjährigen Interesses stand die „Frauenstimmrechtsinitiative“ in unserm Kantonsrat, welche von der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion (Herm. Greulich und 67 Mitunterzeichnern) eingereicht worden ist. Die Motion lautete: „Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über eine Revision der Kantonsverfassung im Sinne des gleichen Stimmrechts und der gleichen Wählbarkeit für Schweizerbürgerinnen wie für Schweizerbürger in allen Angelegenheiten und für alle Ämter des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden.“

Der Regierungsrat erklärte sich bereit, die Motion entgegenzunehmen, aber in einer etwas abgeänderten Fassung: „Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen, ob eine Revision der Kantonsverfassung vorzunehmen sei.“ Der Motionär wie Vertreter anderer politischer Richtungen waren mit dieser Abänderung einverstanden, und die Motion wurde mit 108 gegen 70 Stimmen erheblich erklärt.

Es ist wohl selbstverständlich, dass sich die zürcherischen Stimmrechtsvereine zu dieser Begebenheit nicht stillschweigend verhielten. Vereint mit den Winterthurerinnen machten wir folgende Eingabe an den Kantonsrat:

„Durch die Motion für Einführung des Frauenstimmrechts, welche von der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion eingereicht worden ist, steht der Rat wiederum vor der Debatte dieses Problems. Wir möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um auch unsererseits dazu Stellung zu nehmen.“

Anlässlich der Verfassungsrevision von 1868-69 befanden sich unter den eingereichten Wünschen aus dem Volke auch drei Frauenpetitionen. Die eine Eingabe begehrte: „Ausdehnung des Stimmrechts auf die Bürgerinnen“; die andere, unterzeichnet „mehrere Frauen aus dem Volke“, verlangte unter Motivierung: „Wahlberechtigung und Wahlfähigkeit für das weibliche Geschlecht in allen sozialen und politischen Angelegenheiten und Beziehungen“; die dritte Eingabe, unterzeichnet von Diakon H. Hirzel, Zürich, begehrte: „Erteilung des Stimmrechts in Kirchen- und Schulgemeinde-Versammlungen an das Frauengeschlecht“.

Im Februar 1902 machte die Union für Frauenbestrebungen in Zürich anlässlich der Beratung des neuen Kirchengesetzes eine wohl-motivierte Eingabe, dahin lautend: „es sei den Frauen des Kantons das Stimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten einzuräumen“. In der Debatte wurden im gleichen Sinne Anträge gestellt von den Herren Prof. Dr. Zürcher, Prof. Treichler und Dr. Studer. Herr Regierungsrat Locher schrieb darüber eine tiefgründige Broschüre (Orell Füssli 1903).

Im Januar 1914, anlässlich der Revision des Wahlgesetzes, sandte die Union für Frauenbestrebungen in Zürich wiederum ein Gesuch an den Kantonsrat betreffend das „aktive und passive Frauenstimmrecht in Kirchen-, Schul- und Armensachen“; die Eingabe war von 20 Frauenvereinen von Stadt und Land unterzeichnet; ausserdem schickten noch einige Vereine diesbezügliche Wünsche direkt und einzeln an die Studienkommission.

Statt einer Begründung unsererseits erlauben wir uns heute, an sämtliche Mitglieder des Rates die Broschüre „Über Frauenstimmrecht“ von Herrn Dr. Sträuli, Stadtpräsident in Winterthur, beizulegen; an Hand der oben erwähnten Daten wollten wir nur zeigen, dass es sich nicht etwa um hypermoderne Ideen handelt, sondern um alte Forderungen, gestellt von Frauen wie von Männern; wir nannten damit nur die Eingaben, welche unseres Wissens in den letzten 50 Jahren dem zürcherischen Kantonsrat gemacht worden sind.

Die Motion der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion fordert die volle Gleichberechtigung der Bürgerinnen wie für die Bürger. Wenn wir in unseren letzten Eingaben nicht so weit gegangen sind, so geschah dies nur aus Opportunitätsgründen. Der Weg, nach und nach vorzugehen, schien uns ratsamer. Nun aber von anderer Seite die volle Gleichberechtigung gefordert wird, wie auch in andern Ländern die Entwicklung in rascheren Fluss zu kommen scheint, ist es für uns selbstverständlich, zu sagen, dass auch wir ganz auf dem Boden der neuen Motion stehen; unser Ziel war von jeher die Erreichung der Gleichberechtigung.

Wir sprechen deshalb die Hoffnung aus, dass der Kantonsrat die Frage mit gerechtem Wohlwollen studieren und prüfen und dass das Resultat den in weiten Kreisen gehegten Wünschen entsprechen möge.“

Wenn auch die „grosse Redeschlacht“ erst bei der Beratung der regierungsrätlichen Vorlage einsetzen und das allgemeine Interesse erst bei einer eventuellen Abstimmung wach werden wird, so war es uns nach Annahme der Motion doch sofort klar, dass damit unsere Winterstätigkeit vorgezeichnet war. Wiederum vereint mit Winterthur schickten wir an die Frauenvereine im Kanton (ausgenommen die Stadt Zürich) ein Zirkular, in welchem sie von der Angelegenheit in Kenntnis gesetzt wurden; zugleich forderten wir sie auf, nun auch selbst über die Wünschbarkeit des Frauenstimmrechts nachzudenken, einen Vortrag oder eine Diskussion im Vereinskreise anzuregen. Wir offerierten ihnen Rednerinnen und legten die Broschüre von Dr. E. Graf, „Die Frau und das öffentliche Leben“, unserm Schreiben bei. Bis Ende des Vereinsjahres (31. März) sind

28 Antworten eingetroffen, 12 Zustimmungen, 13 Ablehnungen und 3 sind noch unbestimmt; da die Landvereine oft jährlich nur 1 oder 2 Zusammenkünfte haben, konnte vielerorts die Sache noch nicht behandelt werden. Eine unerwartete, aber um so erfreulichere Mithilfe brachten unsern Bestrebungen einige demokratische Vereine entgegen, welche vereint mit den Frauenvereinen öffentliche Vorträge veranlassten. So sprach in Winterthur und Küsnacht Herr Prof. Dr. Vetter, in Hinwil Herr Prof. Hess vor Männern und Frauen; Seen und Lindau übernahm Fräulein Marg. Ammann, und Frau Glättli sprach in Ottenbach und Zollikon, sowie auf ein Gesuch, im staatsbürgerlichen Kurs der demokratischen Partei der Stadt Zürich. — Mit einem orientierenden Referat an der Frühjahrsversammlung der Delegierten der Frauenzentrale ersuchte die Union auch um die Mitarbeit der angeschlossenen Stadtvereine. Wir stehen also erst am Anfang unserer Arbeit, und wir sehen uns in Anbetracht der zu erwartenden weitem Pflichten gezwungen, an die Mithilfe alter und neuer Freunde zu appellieren — in rednerischer, finanzieller wie schriftstellerischer Hinsicht!

Wegen dem notwendig gewordenen Neudruck unserer Vereinsstatuten eröffneten wir die Serie unserer Zusammenkünfte mit einer ausserordentlichen Generalversammlung, da einige Abänderungen gemacht werden mussten. In sieben im Durchschnitt gut besuchten Monatsversammlungen wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Die vom Schweiz. Stimmrechtsverband beschlossene Enquête, die unter dem Stichwort: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ an die Sektionen weitergeleitet worden ist, gab Anlass zu wiederholten Beratungen. Ein ganzer Komplex der schwierigsten Fragen wäre anzuschneiden, wollte man nur einigermaßen in die Materie eindringen. Das sagte uns schon von Anfang an die zugezogene Sachverständige, Fräulein Votteler, kantonale Arbeiterinnen-Inspektorin. Ihren Bemühungen ist es in erster Linie zu verdanken, wenn wir trotz all' den vorgefundenen Schwierigkeiten, welche zum Teil auch in den abnormen Verhältnissen unseres Wirtschaftslebens liegen, doch eine Antwort an den Verband schicken konnten.

Auch unser kleiner Kreis verspürte es im abgelaufenen Jahre, dass wir in der Zeit der Petitionen leben! Nicht allen Gesuchen wurde entsprochen. Wir unterzeichneten aber mit Überzeugung eine Eingabe an den Bundesrat, welche von der Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus in Lausanne ausging, und in der gefordert wurde, wichtige Nahrungsmittel (wie Reis, Gerste, Kartoffeln, Obst etc.) für die Volksernährung sicher zu stellen. Ferner richtet sich an dieselbe Behörde die Eingabe mit nochmaligen Wünschen für das Schweiz. Strafgesetz, das demnächst zur endgültigen Beratung kommen soll. Wie bei früheren Eingaben für dieselben Postulate ist es für uns selbstverständlich, auch diesmal unter den vielen Hunderten von Körperschaften zu stehen. Lokalen Charakter haben die Eingaben an den Stadtrat von Zürich und an die zürcherische Gewerbeschule; erstere gieng von der Frauenzentrale aus und ersucht um Sanierung der sittlichen Zustände in unserer Stadt, die von vielen Einheimischen als skandalöse bezeichnet werden müssen. — Unsere Union ersuchte die Direktion der Gewerbeschule, in fakultativen Kursen das Fach „Lebenskunde“ einzuführen, wohl wissend, dass dem obligatorischen Stundenplan nicht viel mehr zugemutet werden kann. Die jungen Mädchen sind von uns schwer zu erreichen; unsere Vorträge besuchen sie nicht, auch sollten sie zusammenhängender und in einfacher Weise auf künftige Aufgaben, die ihrer warten, vorbereitet werden. Die Antwort des Direktors zeigt uns, dass der Gedanke, in dieser Richtung etwas zu tun, bereits Boden gefasst hat, dass man sich aber von fakultativen Kursen gar nichts verspricht.

Unsere Delegierten, welche wir jeweils zu den Tagungen der schweizerischen Verbände abordneten, haben durch ihre Berichterstattung viel dazu beigetragen, dass wir uns lebhaft

an der Arbeit in denselben interessierten. Der Stimmrechtsverband tagte im Mai in Lausanne, der Bund schweiz. Frauenvereine im Oktober in Aarau. Das Hauptthema von Aarau, der Vortrag von Prof. Grossmann: „Die Rolle der Frau in der nationalen Erziehung“ ist in den „Frauenbestrebungen“ erschienen und nun als Broschüre erhältlich. — Auch am internationalen Frauenkongress für Völkerverständigung in Bern war unser Verein vertreten.

Vorträge und Referate wurden 6 gehalten, die sich fast alle eines grossen Besuches erfreuten. Nach der Generalversammlung des Schweiz. gemeinnützigen Frauenvereins sprach Frau Glättli über „Zeichen der Zeit“. Sie erwähnte die modernen Themata, mit denen sich die genannte Vereinigung befasste, und sieht eine beträchtliche Annäherung nicht nur der Ziele, sondern auch der Mittel und Wege in unsern Frauenverbänden kommen, trotzdem sie auf verschiedenen Gebieten arbeiten.

Allgemeine Billigung, in der Presse wie in uns ferner stehenden Kreisen, fand der Vortrag von Herrn Prof. Dr. Vetter über das neue Steuergesetz im Schwurgerichtssaal. Es entbehrte nicht etwelcher Komik, anlässlich dieser „Volks“-Abstimmung zu hören, wie gross der Wille und der Einfluss der Bürgerinnen sei, um diesem sehr gefährdeten Gesetz zum Siege zu verhelfen. Mögen sich die Presse wie die Parteiredner auch bei anderer Gelegenheit daran erinnern!

Frau Dr. Bleuler-Waser hielt auch uns eine Probelektion für nationale Erziehung. Einem kleinen Kreise von Sekundarschülern und -Schülerinnen erzählte sie eine Geschichte: „Wie eine Schweizerin in der Fremde ihre Heimat schätzen lernte“.

Fräulein B. Meili berichtete uns über „Das erste Jahr der Tätigkeit des gewerblichen Arbeitgeberinnenvereins“ und entwickelte ein schönes Bild erfolgreicher Zusammenarbeit. Der Verein befasste sich mit der Ausarbeitung eines Lehrvertrages, er konferierte mit Behörden und Schulen, er gab seinen Mitgliedern Gelegenheit zur Weiterbildung und wurde vom zürcherischen Gewerbeverband aufgefordert, Vorschläge für die Neuwahlen in die gewerblichen Schiedsgerichte zu machen. Wir möchten auch hier dem Wunsche Ausdruck geben, dass wir uns nie ganz fremd werden möchten! So sehr sich auch der junge Verein der Union verpflichtet fühlt, so sehr wird uns, mit unserer oft etwas abstrakten Arbeit, die Freundschaft mit den ganz im Leben, im Betrieb stehenden Meisterinnen stets von grossem Werte sein.

Anlässlich einer zufälligen Anwesenheit von Mme. Chaponnière, der Präsidentin des B. S. F., in Zürich vereinigten sich unsere Mitglieder und als Gäste Vertreterinnen anderer Bundesvereine am Platze zu einem gemütlichen Theestündchen in der „Spindel“. Das vorgängige Referat über „Ziele und Aufgaben des Bundes schweiz. Frauenvereine“ hat uns allerlei Anregungen geboten und dem Bundesgedanken sicher neue Freunde gewonnen.

Zum Vortrag von Herrn Dr. R. Boos im „Glockenhof“ über die bereits erwähnte Eingabe an den Bundesrat zum schweizerischen Strafgesetz haben wir auch die andern zürcherischen Frauenvereine, welche zur Unterschrift aufgefordert worden sind, eingeladen. — Wir sind all den Vortragenden zu herzlichem Danke verpflichtet, dass sie uns von ihrer meist so kostbaren Zeit bereitwillig geopfert haben.

Trotz dieser ziemlich regen Vereinstätigkeit haben wir nur 8 neue Mitglieder zu verzeichnen, in der Zeit der „Stimmrechtsmotion“ eine etwas deprimierende Tatsache. Es muss allerdings gesagt werden, dass wir anlässlich unserer Stimmrechtsvorträge nie Propaganda für den Verein machten, sondern nur für die Sache, von der Erwägung ausgehend, dass derselben mehr gedient sei, wenn sie von allen Frauenvereinen als eine selbstverständliche Forderung der Zeit empfunden und als Notwendigkeit in den Gedankenkreis aufgenommen werde,

selbst wenn die statutenmässige bisherige Tätigkeit eine solche Erweiterung nicht vorgesehen hat. — Wir wissen auch, dass viele Anhänger unserer Bestrebungen befriedigt sind zu wissen, dass „Etwas geht“ — sie fühlen sich aber nicht veranlasst, durch ihre Mitarbeit oder Mitgliedschaft ihr Einverständnis kundzutun. Wir stehen aber in einer neuen Zeit, wo Vieles werden möchte! Wer Herz und Verstand hat, sollte nicht bei Seite stehen. Heutzutage, wo selbst nach Voten konservativer Radner in unserm Kantonsrat „das Frauenstimmrecht seinen Siegeszug durch die Welt“ angetreten hat, braucht es ja keinen so grossen Mut mehr, sich ebenfalls dazu zu bekennen! Der Spötter werden immer weniger — die Verhältnisse sorgen selbst dafür, dass man die Bewegung ernst nimmt. Darum schliesse ich mit dem Wunsche: die Schar der Kämpfer und Kämpferinnen für eine bessere Zukunft, an die wir glauben, möchte ständig zunehmen!

Von der internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung.

Bern, 15.—19. April.

Aus der Ansprache von Frau Ragaz anlässlich der Eröffnung der Konferenz (sie ist in letzter Nr. dieses Blattes im Wortlaut erschienen) war zu ersehen, in welchem Sinn und Geist die Mitglieder der Konferenz zusammentraten. Über 70 Frauen französischer, russischer, belgischer, deutscher, österreichischer, polnischer und schweizerischer Nationalität haben an der Konferenz teilgenommen. Die Tagesreferate hörten mehr als 100 Frauen an, und in den öffentlichen Abendversammlungen füllte das Publikum den Grossratssaal im Rathaus bis zum letzten Platz. Wer an der Konferenz oder an einem Teil derselben teilnehmen konnte, ist sicherlich beschwert mit neuem Verantwortungsgefühl, bereichert mit neuer Erkenntnis an seinen gewohnten Platz zurückgekehrt.

Einiges Wesentliche sei aus dem Vielen und Mannigfaltigen herausgegriffen, das in den vier Tagen zur Sprache kam.

Galt der Vorabend der Eröffnung und dem Andenken, der Ehrung Berta von Suttners, deren Lebensbild Stefan Zweig in form schönem und warm empfundenem Vortrag zeichnete, so war es Aufgabe des ersten Tages, die Wirkungen des Krieges auf die Fraueninteressen in rassehygienischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht deutlich zu zeigen. Es entrollte sich ein erschütterndes Bild, als Frl. Dr. Reicher, Polen, dann Frl. Dr. Woker, Bern, vom rassehygienischen Standpunkt aus darüber sprachen.

Die Kriegszeit hat unglaublich traurige Verhältnisse geschaffen; dadurch, dass ganze Völker gezwungen wurden, ihre Heimstätte zu verlassen (die Flüchtlinge, Evakuierten), sind die Bande der Familien allerorten gelockert oder zerrissen; so sind nun Männer, Frauen und Kinder gezwungen, in Verhältnissen zu leben, die ihnen unendlichen dauernden Schaden bringen, nicht nur ihnen, auch ihren Nachkommen. Physische und moralische Verkommenheit, eine ihrer Folgen: die herabgesetzte Widerstandskraft gegen Erkrankung, ist allenthalben. Ein Teil der Männer wird in den Schlachten getötet oder verstümmelt. Die Ungezählten, die die Schrecken des Krieges geisteskrank gemacht oder doch in ihrer Nervenkraft gebrochen hat, sie werden nie mehr gesunden, und die vielen, die, halbwegs hergestellt, ihr bürgerliches Leben wieder aufzunehmen imstande sind, sie werden schwächliche, nervöse, widerstandslose Kinder zeugen. Weit aus die schlimmsten Feinde für die Millionen Soldaten sind Geschlechtskrankheit und Tuberkulose. Die Prostitution hat grosse Ausdehnung erfahren, somit auch die Ansteckungsgefahr für Syphilis, und wenn früher die grossen Städte die Herde der Ansteckung waren, so tragen jetzt die erkrankten Soldaten die Krankheit, deren verheerende Folgen zumeist die angesteckten Frauen, die de-

generierten Kinder zu tragen haben werden, in alle Landesteile. Die Tuberkulose ist unter allen Völkern der Kriegsländer sehr verbreitet, sie, die vorher schon 14 Prozent aller Todesfälle ausmachte, fordert jetzt unglaublich viele Opfer. Erfahrungsgemäss sind es nicht etwa die Schwächlichsten, die ihr am meisten zum Opfer fallen, gerade die Kräftigsten erliegen ihr viel öfter. Das Leben in den Schützengräben in Nässe, Schmutz und Kälte, bei unregelmässiger Ernährung und Schwächung durch die grössten Nervenregungen, öffnet der Tuberkulose Tür und Tor. Viele sterben, viele aber auch siechen jahrelang dahin, sie kehren ins Land zurück, sind bei ungenügender Fürsorge eine Infektionsgefahr für ihre Umgebung, und geben, falls sie Väter werden, ihren Nachkommen, wenn auch nicht die Krankheit, so doch die Veranlagung dazu mit ins Leben. Die Frau ist somit weit mehr als früher verderbenbringender Ansteckung ausgesetzt, Kummer und Unterernährung haben sie schwach und widerstandslos für Krankheit gemacht. Dazu kommt noch, dass sie in dieser modernen Hölle ein Übermass von Arbeit und Aufregung zu tragen hat, unter dem sie stets fürchten muss, zusammenzubrechen. Und diese Frauen haben das werdende Leben zu tragen. Wie sollen sie ihren Kindern Gesundheit und Kraft weitergeben können? Güter, die gerade für das jetzt kommende Geschlecht, das in eine Welt voll Entbehrung und moralische Verkommenheit gestellt wird, so notwendig wären? Und gerade jetzt verlangt der Staat, dass nach dem grossen Sterben die Menschheit neuerdings sich stark vermehre. Das Wohl des Staates verlangt es, aber das Wohl der Menschheit kann es nicht verlangen, dass eine zahlreiche, schwächliche Nachkommenschaft werde, dass die Lückenbüsser schlimmer als die Lücken seien. Diese erdrückenden Tatsachen stellte in der Diskussion eine Deutsche, die seit 17 Jahren in der Kinderfürsorge leitend tätig ist, nicht eben in Abrede, aber sie berichtete, dass die deutschen Statistiken die Verhältnisse, besonders was die Gesundheit der Säuglinge und Kinder anbelange, in nicht so schlimmem Lichte zeigen. Ihr wurde von andern Seiten widerlegt, dass ganze Landstriche ohne Säuglinge, blasse und kranke Kinder mehr sprächen als schöngefärbte Statistiken.

Von einer Chemikerin wurde dann erläutert, welcher Art die Giftgase seien, und dass man heute imstande wäre, ganze Städte durch Giftgas auszurotten, dass die Möglichkeit zur Vernichtung in grösster Masse gegeben sei und es um so mehr unsere Pflicht sei, jetzt, wo der Krieg das Töten zum Erlaubten, ja zur Tugend gemacht, immer wieder und wieder die Gewissen zu wecken und zu rütteln. Denn, erst einmal ganz betäubte Gewissen, und wir wissen nicht, ob nicht noch grössere Verbrechen geschehen könnten.

Zur Beleuchtung der ökonomischen Kriegsfolgen für die Frauen brachten Frauen aus Frankreich, England und der Schweiz (zum Teil auf schriftlichem Wege) wertvolle Berichte, die alle die Forderung der gleichen Entlohnung der Frauenarbeit wie der gleichwertigen Männerarbeit stellten. An Hand deutscher Statistiken (andere waren leider nicht erhältlich) beleuchtete Frl. B. Bünzli, St. Gallen, die Frauenarbeit, wie sie sich durch die Kriegsverhältnisse gestaltet hat, und zeigte an Hand von Beispielen, welch unheilvoller Raubbau jetzt an der Frauenkraft geschieht. In der Metallindustrie arbeiten etwa 266,000 Frauen; manche von ihnen haben 50 bis 100 Pfund schwere Granaten zu heben. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet über 54 Stunden in der Woche, manche 15 Stunden im Tag, die meisten 12 Stunden. In den Bergwerken ersetzen drei Frauen zwei Männer, oft, wo der Platzmangel dies nicht erlaubt, schaffen zwei Frauen das Tagwerk zweier Männer. 350,000 Frauen arbeiten am Sonntag. Sie stehen im Dienst der Metallindustrie, der Bekleidungsbranchen, arbeiten an Bauten von Bahnen, Kanälen, beim Tram, bei der Eisenbahn, als Kutscherinnen, in der Landwirtschaft. Überall arbeiten